

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
13. November 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zumbel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Höchstpreise. — Die sozialistische Frauenbewegung in Frankreich. Von
W. Grumbach. (Fortf.) — Politische Rundschau: Ein Jahr Gefängnis
für Genossin Luxemburg. — Die Kriegssitzung des preussischen
Abgeordnetenhauses. — Gewerkschaftliches. — Für den Frieden.

Höchstpreise.

— Voll banger Sorge gehen Millionen Frauen den kommen-
den Monaten entgegen.

Die ohnehin hohen Preise der wichtigsten Lebens-
bedürfnisse haben seit dem Kriegsausbruch noch erheblich an-
gezogen, und je länger das furchtbare Völkerringen dauert,
um so mehr sind namentlich Brot und andere Getreideprodukte
und Kartoffeln verteuert worden. Brot und Kartoffeln, die
Hauptnahrungsmittel der Kleinen und Armen, die nicht ge-
nügend Fleisch, Butter, Eier, grünes Gemüse usw. auf ihrem
Küchensettel haben, weil sie für diese hygienisch notwendigen
und guten Dinge nicht zu zahlen vermögen.

Die Aussicht auf eine weitere Verteuerung des Brotes und
der Kartoffeln wird aber immer bedrohlicher. Wie eine
Seifenblase ist das kindliche Wähnen so vieler zerplatzt, der
Krieg werde ein kurzer „militärischer Spaziergang“ nach
Paris und Petersburg sein. Wir stehen mitten in der blutigen
Wirklichkeit eines Weltkriegs von vermutlich längerer Dauer
und müssen damit rechnen, daß Deutschland mindestens noch
auf Monate hinaus von dem Handelsverkehr mit anderen
Ländern abgeschnitten bleibt und den Nahrungsbedarf des
Volkes in der Hauptsache mit den eigenen Vorräten decken
muß. Da heißt es denn mit diesen Vorräten sparsam und
klug wirtschaften, sie nach Möglichkeit vermehren und zuletzt,
aber nicht zum wenigsten sie dem ganzen Volke erschwänglich
zu machen. In der Tat: was hilft der Frau des Arbeiters,
Handwerkers, kleinen Beamten usw. das schöne Rechenexempel,
daß der Ernteertrag an Getreide und Kartoffeln im Reich
groß genug gewesen ist, um den Bedarf der Deutschen bis
zum nächsten Sommer zu verbürgen, wenn die Preise für
Brot, Mehl, Kartoffeln, Suppeneinlagen so hoch sind, daß die
Einschränkungen der Familie sich bis zum bitteren Notleiden
steigern müssen? Man vergesse nicht, daß der Krieg zahlreiche
Familien des Hauptnährers beraubt, daß er das Wirt-
schaftsleben zerrüttet, Arbeitslosigkeit und schlechten,
unsicheren Verdienst für viel zu viele im Gefolge führt. Millio-
nen Frauen, Kinder, alte Eltern, fränkliche Geschwister sind
für ihren Lebensunterhalt auf die sorgten Unterstützungen aus
öffentlichen Mitteln und die Projamen der Liebestätigkeit
angewiesen. Wer mit wenigem haushalten muß, für den sind
die Preise des Lebensbedarfes von höchster Bedeutung, sie
sprechen das entscheidende Wort, wieviel auf den Tisch kom-
men darf.

Erscheint es angesichts der ganzen Sachlage nicht als ein
unbegreiflicher, unlösbarer Widerspruch, daß die Preise der
unentbehrlichsten Lebensmittel höher und höher gestiegen sind

während eines Krieges, der die größten Anforderungen an
das Blut und die Kraft des Volkes stellt? Wie stets vor der
Ernte wurde Brotgetreide schon vor Kriegsausbruch teurer
gehandelt als in den vorhergegangenen Monaten. Die Ber-
liner Börse verzeichnete am 20. Juli für Weizen einen Preis
von 20,50 Mk., für Roggen von 16,90 Mk. pro Doppelzentner.
Mit der Kriegserklärung kam die Panik, am 2. August
schnellten die betreffenden Preise auf 25 Mk. und 22 Mk.
empor. Die eingebrachte Ernte ließ sie Mitte August auf 21,50
Mark für Weizen und 18,50 Mk. für Roggen sinken. Seitdem
ist jedoch eine anhaltende Verteuerung des Brotgetreides ein-
getreten, so daß die Panikpreise vom 2. August überholt wor-
den sind. Am 20. Oktober mußte in Berlin der Doppelzentner
Weizen mit 27 Mk., Roggen mit 23,80 Mk. bezahlt werden.
Im Osten des Reiches sind die Preise etwas niedriger, im
Westen aber dafür noch höher. Welche Verteuerung das Ge-
treide erfahren hat, zeigt am besten dieser Vergleich. Der
Durchschnittspreis für alle Märkte betrug 1913 pro Doppel-
zentner Weizen 19,56 Mk., pro Doppelzentner Roggen 16,50
Mark, im Januar 1914 war er sogar noch niedriger. Diese
Verteuerung ist durch keinerlei Steigen der Produktionskosten
gerechtfertigt, im Gegenteil sind vielmehr zum Beispiel die
Dreschlöhne heuer niedriger als in anderen Jahren. Es sind
also Wucherpreise, mit denen jetzt die Brotrucht bezahlt wer-
den muß, und sie kommen in verteuertem Mehl, Brot und
Leigwaren usw. zum Ausdruck, wie in der geringeren Güte
und dem kleineren Gewichte des „Kriegsbrot“, des Gebäcks.
Das empfindet die Mutter besonders schwer, die recht bald
einen Laib Brot verschnitten hat, wenn sie die hungrigen
Kindermäulchen stopfen will.

Und wie steht es mit den Kartoffeln, die in vielen Familien
leider zum großen Teil das Brot ersetzen müssen, das Haupt-
nahrungsmittel sind? Die Zeitungen jeglichen politischen und
sozialen Glaubensbekenntnisses sind erfüllt von Klagen der
Hausfrauen, daß es unmöglich war und ist, wie in anderen
Jahren den nötigen Wintervorrat an Kartoffeln verhältnis-
mäßig billig einzutun, ja überhaupt anzuschaffen. Etwa ledig-
lich deswegen, weil die heurige Kartoffelernte hinter der des
Vorjahres zurückgeblieben ist? Bewahre, übertrifft sie mit
ihren 47 Millionen Tonnen doch immer noch an Ergiebigkeit
den Durchschnittsertrag der letzten zehn Jahre. Sicherlich liegt
es auf der Hand, daß die weniger reiche Ernte von Einfluß
auf den Preis der Kartoffeln ist, jedoch daß er fast allerorten
die jetzige Höhe erreicht hat, daß es auf dem Markte an Kar-
toffeln fehlt, hat andere Gründe. Es steht fest, daß viele
Landwirte ihre Ware zurückhalten, um die Preise in die Höhe
zu treiben und später noch teurer zu verkaufen. Andere werfen
Kartoffeln dem Vieh vor, weil es an Gerste, Mais, Ölkuchen
usw. aus dem Auslande fehlt, die Futtermittel in der Folge
teurer sind und teurer werden und der Verkauf von Vieh
höheren Gewinn verspricht als der von Kartoffeln. Genau
wie aus den gleichen Gründen Landwirte Roggen verfüttern,
ohne Rücksicht darauf, daß dadurch das Brot verteuert wird,
ja unter Umständen mangeln kann.

Millionen darben, Millionen zittern vor drohenden härteren Entbehrungen, nicht weil es an Nahrungsmitteln gebrechen würde, um ihren Hunger zu stillen, sondern weil ihr Portemonnaie nicht genügend gefüllt ist, um Bucherpreise zahlen zu können. Wir wiederholen unsere Frage: Erscheint das nicht als ein unbegreiflicher, unlösbarer Widerspruch, angesichts der Schrecken und Opfer des Krieges, angesichts einer Situation, in der die Gesundheit und Lebenskraft des arbeitenden Volkes als ein kostbares nationales Gut gerade auch von allen denen gewertet und geschützt werden müßte, die im Sinne des kapitalistischen Imperialismus die Lösung verwirklichen wollen: Deutschland in der Welt voran! Ein Widerspruch gewiß, aber doch nur ein Widerspruch zu papierenen Behauptungen und Illusionen, eitel Harmonie dagegen mit der Natur, den inneren ungeschriebenen Gesetzen des Kapitalismus. Satten wir nicht stolze Worte, herzbewegende Worte gehört, nach denen man glauben sollte, der Krieg habe über Nacht mit einer Handbewegung wesentliche Züge der kapitalistischen Wirtschaft ausgelöscht, ihm sei gelungen, was den aufrichtigsten und hochherzigsten Moralpredigern nicht geglückt ist: das in der Natur der kapitalistischen Wirtschaft wurzelnde Profitbegehren des einzelnen durch den Gemeinfinn zu bändigen. Und nun Feststellungen über Feststellungen, daß die Not von Millionen stieg, weil gewisse Schichten ihren ganz persönlichen Vorteil suchten, ohne daß die Stimme des Herzens und Gewissens je nach den Leiden der Brüder und Schwestern fragte; ja schlimmer noch: daß einzelne die Stunde der Gefahr ihres Vaterlandes zu den verwerflichsten Spekulationen ausnützten.

Die offizielle Bestätigung dieser nackten Tatsache liegt in anerkanntswerten Maßnahmen und Verfügungen von Lokalbehörden und Militärkommandanturen vor, Maßnahmen und Verfügungen — wie Ankauf von Getreide, Mehl, Kartoffeln usw. durch die Gemeinde, Festsetzung lokaler Höchstpreise —, durch die der Bewucherung des Lebensbedarfes der Massen ein Niegel vorgeschoben werden sollte. Nun aber ist sie noch unzweideutiger und allgemeiner durch die Reichsregierung erfolgt. Nach eindringlicher Befürwortung durch die Presse, durch Korporationen und Organisationen der verschiedensten Art — von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften bis zu den an der Leipziger Börse vertretenen Müllern und Mehlhändlern —, nach umfassenden Beratungen hat der Bundesrat sich zu Vorschriften für das Gebiet der Lebensmittelversorgung entschließen müssen, deren Kernpunkt die Festlegung von Höchstpreisen für Brotgetreide ist.

Höchstpreise für Roggen und Weizen im Deutschen Reich, mit dem Segen aller möglichen gut bürgerlich gesinnten Leute! Uns klingen die Schmähungen in den Ohren, mit denen gewöhnlich zünftige Geschichtschreiber und Politiker die Bergpartei der großen französischen Revolution zu bedenken pflegen, weil sie Maximalpreise für Getreide, Mehl, Brot durchsetzte, um die junge bürgerliche Freiheit gegen den Ansturm der verbündeten europäischen Reaktion und der rebellierenden, konspirierenden Adligen, Geistlichen, Spekulanten usw. in Frankreich selbst zu verteidigen. Das war nach der Meinung schwer gelehrter Herren nichts mehr und nichts weniger als eine der greulichsten Taten des „Sansculottismus“, ein ganz besonders umstürzlerischer Frevel wider das heilige Recht des Eigentums. Armer Bundesrat, in welche verfernte Gesellschaft ist er unter dem Zwange der Lage geraten!

Was die festgesetzten Höchstpreise selbst anbelangt, so müssen wir sie in der gegenwärtigen Stunde mit dem Stoßseufzer begrüßen, besser etwas und spät als nichts und niemals. Vertreter der verschiedensten Bevölkerungsschichten stimmen darin überein, daß die Maßregel reichlich langsam hinter der Verteuerung des Getreides und Brotes hergehinkt ist. In Hinblick auf die Verhältnisse der breiten Verbrauchsmassen wäre eine Regelung der Preise bereits notwendig gewesen, bevor diese durch Treibereien einzelner Skrupelloser die jetzige Höhe erreicht hätten. Denn was ist die unvermeidliche Folge des Zögerns und Abwartens? Nicht bloß, daß verschärfte Ent-

behrungen und Sorgen monatelang das Los vieler geweien sind, sondern auch, daß nun die Höchstpreise selbst mit 260,50 Mark für die Tonne Weizen und 220 Mk. für die Tonne Roggen in Wirklichkeit Teuerungspreise sind, die zu Normalpreisen werden. Die genannten Preise gelten für Berlin, für den Osten sind sie niedriger, für den Westen aber höher. So wird die Tonne Roggen zum Beispiel in Stuttgart auf 237 Mark zu stehen kommen. Wohl nirgends sind Roggen und Weizen unter dem Höchstfuß zu kaufen, und wir müssen daher auf entsprechend hohe Preise für Mehl, Mehlwaren und Brot gefaßt sein. Ein Ausblick das, bei dem es Hunderttausende von Müttern kalt überläuft. Die Höchstpreise, die der Bundesrat festgesetzt hat, sind wirklich höchste Preise, wie sie im letzten Jahrzehnt nicht einmal in Teuerungs Jahren erreicht wurde. Treffend schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Drei Monate hat die Regierung von der scharfen Waffe der Höchstpreise, die der Reichstag ihr am 4. August vertrauensvoll in die Hände gegeben hatte, keinen Gebrauch gemacht, drei Monate hat sie die Preise in einer wilden Unordnung sich entwickeln lassen — nun ist die Folge, daß wir zu vernünftigen und gerechten Preisen überhaupt nicht mehr kommen konnten. Denn das muß gegenüber den wortreichen Darlegungen der Regierung offen und rückhaltlos ausgesprochen werden: Die jetzt festgelegten Höchstpreise sind nicht billig und nicht gerecht, sie erreichen ein Niveau, das man vor acht Wochen noch nicht laut zu nennen gewagt hätte... Die Preise bedeuten eine Mehrlast von mehreren hundert Millionen Mark, zu zahlen von der konsumierenden Masse des Volkes an den anderen Teil, die Produzenten und die Aufkäufer.“

Am 4. November sollte die Maßregel in Kraft treten, und es ist vorgesehen, daß schon vom 31. Dezember an eine „schrittweise mäßige Erhöhung“ der festgesetzten Sätze eintritt. Eine Weihnachtsfreude ganz eigentümlicher Art für die Verbraucher. Die „schrittweise mäßige Erhöhung“ besteht nämlich darin, daß ab 1. Januar 1915 die festgesetzten Preise am 1. und 15. jedes Monats um je 1,50 Mk. pro Tonne steigen. Die Tonne Weizen würde demnach Ende Juli in Berlin 281,50 Mk., die Tonne Roggen 241 Mk. kosten. Das ist ein starker Anreiz für die Großgrundbesitzer, mit ihrem Getreide zurückzuhalten, um dann im Sommer die allerhöchsten Preise einstreichen zu können.

Das Reich ist davor zurückgeschreckt, selbst die Getreidevorräte zu übernehmen und unter Berücksichtigung der richtigen Verteilung bis zur Ernte zu verkaufen.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß der Bundesrat nicht wenigstens den Verkaufszwang für Brotfrucht ausgesprochen, sondern erst angedroht hat. Landwirtschaftliche Sachverständige haben Höchstpreise ohne Maßregeln dieser Art für unzulänglich erklärt. So schrieb zum Beispiel Dr. Heim: „Preisregulierung ohne Borratsregulierung ist wirkungslos, unwirtschaftlich, von gegenteiliger Wirkung.“ In der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des Bundes der Landwirte, war zu lesen: „Die Höchstpreise genügen aber allein nicht; Hand in Hand damit muß eine Organisation zur Festsetzung und Verteilung des Bedarfes gehen. Entschließt man sich nicht zu diesen Maßnahmen, so können bei längerer Dauer des Krieges, mit der wir unbedingt rechnen müssen, recht schwierige und recht bedenkliche Verhältnisse eintreten.“

Der Bundesrat hat bestimmt, daß dem Weizenbrot mindestens 10 Prozent Roggenmehl, dem Roggenbrot mindestens 5 Prozent Kartoffelmehl zugefetzt werden müssen; die Beimischung des Kartoffelmehls darf bis zu 20 Prozent ausgedehnt werden. Die Vorschrift erscheint begreiflich, um den Vorrat an Brotgetreide zu „strecken“, ihn länger dauern zu machen. Eine Verminderung des Nährwertes des Brotes — die Regierung bestreitet zwar eine solche — aber wird am

verhängnisvollsten gerade die Gesundheit der arbeitenden Massen treffen, weil diese einen starken Brotverbrauch haben und nicht durch andere hochwertige Nahrungsmittel die geringere Qualität wettmachen können. Außerdem muß man damit rechnen, daß der größere Verbrauch von Kartoffelmehl für Brot den Preis der Knollenfrucht steigern wird. Man halte fest, daß der Bundesrat bis jetzt keine Höchstpreise für Kartoffeln vorgeschrieben hat und die Vergeudung der Nahrungsmittel für die Zwecke der Branntweinbrennerei nur auf 60 Prozent eingeschränkt hat. Was besagt aber die Möglichkeit eines weiteren Anziehens der Kartoffelpreise, die Möglichkeit der Kartoffelknappheit für die Frauen des Volkes anders als drohende schwere Sorge und Not?

Der unerträglich verteuerte Lebensbedarf rollt gerade für die Frauen einen ganzen Knäuel von Fragen auf, die in schärfster Beleuchtung zeigen, wie untrennbar das wirtschaftliche und politische Geschehen miteinander verknüpft ist. Wollen die Proletarierinnen mit den Thirgen die eisernen Kriegszeiten möglichst ungeschädigt an Gesundheit und Lebenskraft, an Energie und geistiger Frische überstehen, so müssen sie klarblickender und nachdrücklicher als je das Recht des Volkes auf billigen, erschwinglichen Lebensbedarf politisch schützen und zur Geltung bringen. Ihre Stimme muß künftig überall dort gehört werden, wo es darum geht, den Tisch des Volkes zu bestellen. Durch einen großen Teil unserer Presse ging ein Artikel, in dem nach dem Muster eines Briefstellers für Liebende den Frauen der Rat gegeben wurde, ihre und der Kinder Lebenshaltung den Männern im Felde als die behaglichste Idylle zu schildern. Den Frauen wurde die Geste eines verlogenen Heroismus des Entbehrens gepredigt. Uns dünkt solche Verlogenheit verächtlich und gefährlich. Wir rufen die Frauen auf zum wahren Heroismus der Tat: Gegen die Entbehrungen und ihre Ursachen zu kämpfen.

Die sozialistische Frauenbewegung in Frankreich.

Von Wally Grumbach, Paris.

(Fortsetzung.)

Zur Leitung und Geschäftsführung der Frauengruppe wurde ein Komitee von zehn Genossinnen gewählt, dessen Sitzungen anfangs alle vierzehn Tage stattfanden, und später, nach der Gründung verschiedener Unterkommissionen, alle Monate einmal. Nach dem Statut muß jeden Monat eine öffentliche Versammlung der gesamten Gruppe einberufen werden. Diese Abende werden dazu verwandt, die Mitglieder durch Vorträge, Diskussionen usw. aufzuklären und durch die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zur praktischen Mitarbeit heranzubilden. Für das erste Jahr ist leider kein fester Arbeitsplan aufgestellt worden, und so zeigen die Verhandlungsgegenstände der Versammlungen ein Bild ziemlicher Regellosigkeit. Im laufenden Jahre soll nach dem Plane einer besonderen Kommission gearbeitet werden. Im letzten Jahre dienten fünf Monatsversammlungen der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, in den übrigen wurden diese Themen behandelt: „Was ist der Sozialismus?“, „Die Stellung der Frauen zum neuen Militärgesetz“, „Die sozialistischen Utopisten“, „Das Frauenwahlrecht“, „Der Streik der Zuckerarbeiterinnen“. Im Oktober fand eine Gedenkfeier für August Bebel statt. Die zufällig zu dieser Zeit in Paris anwesende Genossin Gradnauer-Dresden hielt dabei ein kleines wohlgeklungenes Referat über „Die Frau und der Sozialismus“, das von unseren französischen Genossinnen mit großer Freude und Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. Wie die Frauengruppe ihr Möglichstes getan hatte, um den Kampf der sozialistischen Partei gegen die Verlängerung der militärischen Dienstzeit auf drei Jahre zu unterstützen, so erachtete sie es für ihre Pflicht, energisch an der Wahlkampagne teilzunehmen. Sie nutzte beidemal die Situation aus, um die sozialistischen Ideen unter das weibliche Proletariat zu tragen und dieses zur Verteidigung seiner Interessen aufzurufen. Im Wahlkampf traten ihre Rednerinnen außerdem nachdrücklich für das Frauenwahlrecht ein.

Die Frauengruppe hielt eine einzige außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die Gelegenheit geben sollte, Stellung zu einem Vorfall im Buchdruckerverband zu nehmen. Die Lyoner Sektion dieser Gewerkschaft hatte sich geweigert, eine Frau als Mitglied aufzunehmen, wemgleich deren Lohn den Tariffätzen entsprach. Die Versammlung sollte vor allem die Zentralleitung der Pariser Buchdrucker veranlassen, die Gründe für die Entscheidung der Lyoner Sektion darzulegen. Gleichzeitig wollten die organisierten Genossinnen über das Recht der Frau auf Arbeit diskutieren. Infolge ungenügender Bekanntheit und Propaganda war die Versammlung leider nicht gut besucht, jedoch für die Anwesenden hatte sie bildenden Wert. An den Versammlungen und Veranstaltungen der Partei oder der Gewerkschaften nahmen die agitierenden Mitglieder der Frauengruppe regen Anteil. Die Sekretärin und Ergenossin Renaud, hat im Laufe des letzten Jahres in 31 Versammlungen gesprochen. Wenn dies auch nicht immer im Namen der Gruppe geschah, so trug es doch dazu bei, das Bestehen der Gruppe unter den Mitgliedern der Partei bekanntzumachen, außerdem zeigte es, daß die Genossinnen bereit sind, überall ihre Kraft in den Dienst der Gesamtbewegung zu stellen. Leider ist diese tätige Frau der Organisation verloren gegangen, da sie sich aus persönlicher Verbitterung der Gruppe „Parti ouvrier“ (Arbeiterpartei) anschloß, die bei den jüngsten Wahlen, unterstützt vom Gelde der Reaktionen, der sozialistischen Partei so schmähslich in den Rücken fiel.

Von den im Laufe des Jahres 1913 ernannten Kommissionen — Propaganda-, Bildungs- und Festkommission — ist nur die zweite ihrer Aufgabe nachgekommen, indem sie der Gruppe neue Mittel und Wege zur Propaganda unter den Frauen und zur Schulung der Genossinnen gewiesen hat. Diese Kommission wurde in erster Linie geschaffen, um in den einzelnen Stadtteilen von Paris, das in 20 Bezirke eingeteilt ist, eine geregelte, systematische Aufklärungsarbeit zu betreiben. Da ihr aber keinerlei materielle Mittel zur Verfügung standen, konnte sie mit ihrer Tätigkeit erst zu Anfang des Winterhalbjahres beginnen. Die Vorarbeiten der Kommission bestanden hauptsächlich darin, die verschiedenen Vorschläge und Arbeitspläne zu diskutieren und zu prüfen, was man mit den zur Verfügung stehenden Agitatorinnen durchführen könne, von denen einige zum erstenmal als Rednerinnen auftraten. Die damals bevorstehenden allgemeinen Parlamentswahlen veranlaßten die Kommission, von einem größeren Arbeitsplan Abstand zu nehmen. Es wurde eine Reihe von Vorträgen beschlossen, die folgende Themen behandeln sollten: „Die Frau in ihrem Heim“, „Die Frau bei der Arbeit in der Fabrik“, „Die Frau als Mutter und Gattin“, „Die Aufgaben der sozialistischen Frauen“. Die Saalfrage zwang die Genossinnen, Paris vorläufig in nur sechs Agitationsbezirke einzuteilen, so daß einstweilen noch von keiner intensiven Bearbeitung der einzelnen Bezirke die Rede sein kann. Die erste Reihe dieser vier Vorträge ist in allen sechs Sektionen abgehalten worden.

In ihrer Tätigkeit nach außen hin lassen die Arbeiten des Komitees noch alles zu wünschen übrig. Bis heute wurde — von einem Aufruf zu den Wahlen abgesehen — nur ein einziges Flugblatt herausgegeben, das aber wenig Gewinn brachte, was zum Teil an seiner ungenügenden Verbreitung liegen mag, zum Teil auch daran, daß es zu allgemein gehalten war. Eine bessere Agitation wurde bei dem Streik der Zuckerarbeiterinnen in der Fabrik Lebaudy betrieben, der im Juni vorigen Jahres ausbrach und von den Frauen siegreich durchgeführt wurde. Hierbei unterstützten besonders die damalige Sekretärin Renaud durch Propaganda und Genossin Lannay durch praktische Hilfeleistungen, wie Geldsammeln, Suppenverteilung usw. den Kampf der Arbeiterinnen, von denen sich allerdings trotz vieler Bemühungen keine einzige in die Partei aufnehmen ließ. Es war dies wohl dem Umstand zuzuschreiben, daß die syndikalistischen Agitatoren das ganze Interesse der Zuckerarbeiterinnen auf die Gründung einer Gewerkschaftsgruppe konzentrierten. Leider hat die sozialistische Werbearbeit unter den Zuckerarbeiterinnen nach dem Streik ganz aufgehört. (Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Ein Jahr Gefängnis für Genossin Luxemburg, das soll auch nach der Entscheidung des Reichsgerichtes der Preis für zwei aufklärende Reden in Badenheim und Fachsenheim sein. Bekanntlich hatte Genossin Luxemburg dort von der hohen Warte des geschichtlichen Materialismus aus die grundsätzliche Auffassung des Proletariats zu Krieg und Militarismus begründet. Auf die schosste Denunziation einzelner Sätze hin erfolgte eine Anklage, da § 110 des deutschen Strafgesetzes verletzt worden sein sollte. Er bestimmt: „Wer vor einer Menschenmenge zum Ungehorsam gegen die Gesetze auffordert, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“ Vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. stand Genossin Luxemburg mit stolzer Charakterfestigkeit zu ihren Ausführungen, wies aber auch zugleich deren wahren Sinn durch tiefeindringende, glänzende Darlegungen nach über die sozialistische Auffassung des geschichtlichen Entwicklungsganges und die sich daraus ergebenden großen verantwortungsreichen Aufgaben der Arbeiterklasse. Wenngleich das Urteil anerkannte, daß unsere Genossin „nicht aus unanständiger Gesinnung“ gehandelt habe, lautete es doch auf ein Jahr Gefängnis. In gewaltigen Versammlungen, von stürmischer Begeisterung durchglüht, scharten sich die proletarischen Massen um das Banner der Grundsätze, das die Verurteilung ihnen vorangetragen hatte, erklärten sie, den Spruch als ein Fehlurteil zu empfinden. Noch ist es kein Jahr her, jedoch in den Tagen des entsetzlichen Völkerringens deucht es wie ein Märchen aus versunkenen Zeiten.

Das Reichsgericht hat am 22. Oktober die eingereichte Revision verworfen. Genossin Luxemburg soll also unter der Herrschaft des „Burgfriedens“ auf ein Jahr ins Gefängnis für ein „Verbrechen“, das sie vor Beginn dieses Friedens begangen hat.

Die Kriegssitzung des preussischen Abgeordnetenhauses. Der preussische Landtag war für den 22. Oktober einberufen worden, um die Vorlage zu dem 1 1/2 Milliardenkredit zu erledigen, durch den die schlimme Kriegsnot gemildert werden sollte. Seit Wochen waren Kräfte am Werke, um diese Sitzung in eine Neuaufgabe der Reichstagsitzung vom 4. August zu verwandeln. Das Abgeordnetenhaus wurde auf 2 Uhr einberufen, das Herrenhaus auf 3 Uhr und die gemeinsame Schlußsitzung beider Häuser auf 4 Uhr anberaumt. Dem Abgeordnetenhaus waren dabei knapp 3/4 Stunden zur Beratung der wichtigen Vorlage geblieben. Die Sitzung war die erste, seitdem das preussische Volk unter der Kriegsnot seufzt, und es handelt sich nicht nur darum, das Elend der letzten Monate zu lindern, sondern auch für die nahen schrecklichen Wintermonate gründlich vorzujorgen. Millionen von trauernden, hungernden, frierenden, kranken und obdachlosen Menschen erhofften von der Notstandsitzung gründliche Arbeit.

In Vorbesprechungen suchte die Regierung im Verein mit den bürgerlichen Parteien durchzusetzen, daß die Vorlage ohne Debatte en bloc angenommen werde. Die sozialdemokratische Fraktion konnte selbstverständlich nicht darauf eingehen, zumal weil die Vorlage an allen Ecken und Enden Mängel aufwies. Leider verzichtete sie auf den Versuch, in der Sitzung selbst vor der breiten Öffentlichkeit mit allen geschäftsmäßigem Mitteln — die keineswegs Lärmstößen heraufzubeschwören brauchten — eine sorgsame Durchberatung der Vorlage herbeizuführen. Zimmerhin gab die Fraktion eine Erklärung ab, die das Mindestmaß dessen enthielt, was gesagt und gefordert werden mußte. Diese „Eingängerei“ der Sozialdemokraten dämpfte von vornherein etwas die forsche Surraffimmung der bürgerlichen Parteien und schuf der Sitzung eine gedrückte Atmosphäre. Die bürgerlichen Abgeordneten, die Herren am Regierungstisch fühlten es: der Konflikt war da, der Gegensatz zwischen „Hüben und Drüben“ würde in Erscheinung treten und erkennen lassen, daß das Dreiklassenhaus sich nicht über Nacht aus einem Schauplatz leidenschaftlicher parlamentarischer Kämpfe in eine Theaterkulisse für einen Nützlichswur verwandelt hatte.

Die Scheidung der Geister zeigte sich, als Delbrück in seiner nüchternen Rede das Begrüßungsschreiben des Kaisers mitteilte. Während sich das ganze Haus erhob, blieben die Sozialdemokraten

sitzen, die auf ihren Plätzen waren. Am Schlusse von Delbrücks Rede lösten zwar einige energische Worte zum Krieg starken Beifall aus, jedoch nur bei etwa zwei Drittel der Abgeordneten. Die sozialdemokratische Fraktion behielt sich natürlich passiv. Die Scheidung der Geister wiederholte sich, als die sozialdemokratische Erklärung verlesen wurde. Alles in allem fand sie nur den Beifall der Sozialdemokraten. Nur bei der Forderung auf Aufhebung der Ausnahmegeetze gab es von den Bänken der Polen vereinzelt Applaus. Die Forderung des demokratischen Wahlrechts unterstrichen dagegen die konservativen Parteien mit einem deutlichen Gemurmel des Unwillens. Bei der Schlußrede des Präsidenten verließen fünf sozialdemokratische Abgeordnete — die Genossen Hofer, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Liebknecht und Stroebel — den Saal, die übrigen fünf verblieben dort und erhoben sich beim Hoch auf die Armee und den obersten Kriegsherrn.

Gewerkschaftliches.

Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.

Die Septemberzählung ergab 66 969 männliche und 49 314 weibliche, zusammen 116 283 Mitglieder. Arbeitslose wurden am Stichtag gezählt 17 574, davon 7427 Arbeiterinnen. Im Vormonat wurden 29 711 Arbeitslose und im September des Vorjahres 2549 verzeichnet. Gegen den Monat August hat der September eine merkbare Entspannung auf dem Arbeitsmarkt gebracht. Im August waren von je hundert Mitgliedern 24,7 arbeitslos, im September dagegen 15,1. Die Aufträge der Militärbehörden für den Heeresbedarf haben vielerorts die Neueinstellung von Arbeitskräften notwendig gemacht. Trotzdem ist jedoch die Arbeitslosigkeit im September immer noch ungewöhnlich groß. Rechnet man von der für den Verband ermittelten Zahl der Arbeitslosen auf die gesamte Textilarbeiterschaft, so kommt man auf mindestens 200 000 arbeitslose Textilarbeiter in Deutschland. Neben diesen gänzlich Arbeitslosen ist aber der allergrößte Teil des Textilarbeiterproletariats nur stunden- und tageweise in der Woche beschäftigt. Die Gesamtzahl der ermittelten Arbeitslosentage im dritten Quartal betrug 895 055, im gleichen Quartal des Vorjahres 139 284. 32 588 Mitglieder wurden für 736 756 Tage mit 521 876 Mk. unterstützt, im gleichen Quartal des Vorjahres erhielten 6548 Mitglieder für 99 677 Tage 102 567 Mk. Arbeitslosenunterstützung. Schon das dritte Quartal 1913 stand im Zeichen erhöhter Arbeitslosigkeit, läßt sich aber mit dem jetzigen Zustand gar nicht vergleichen. Die Zahl der zu Unterstützten ist auf das Fünffache des Vorjahres gestiegen, die Zahl der Unterstützungstage auf das Siebeneinhalbfache, und trotzdem die Unterstützungssätze um ein Drittel gekürzt wurden, beträgt auch die Summe der Unterstützung ein Vielfaches. Dabei haben 66 Filialen mit rund 14 000 Mitgliedern nicht berichtet, so daß sich die Zahlen der heurigen Septemberzählung in Wirklichkeit noch ganz wesentlich erhöhen werden. Angesichts dieser Tatsachen sah sich der Verbandsvorstand gezwungen, die Sätze der Arbeitslosenunterstützung noch weiter herabzusetzen, und zwar auf die Hälfte der statutarisch vorgegebenen. Die Bezirkskonferenzen, die Mitte Oktober zu der gegenwärtigen Lage Stellung nahmen, haben alle diese weitere Kürzung der Arbeitslosenunterstützung als notwendig anerkannt. Um die Leistungsfähigkeit des Verbandes zu erhalten, sollen alle Mitglieder, die noch mindestens die Hälfte des früheren Lohnes verdienen, ihre vollen Beiträge weiterzahlen. In Betrieben, wo zurzeit voll oder gar mit Überstunden gearbeitet wird, sind die Mitglieder zu Extrabeiträgen verpflichtet, die mindestens 20 Pf. wöchentlich betragen müssen. sk.

Für den Frieden.

Eine Botschaft der Frauen der Arbeiterklasse Großbritanniens an ihre Schwestern in den anderen Ländern erklärt der Internationale Frauenrat der sozialistischen und Arbeiterinnenorganisationen in Großbritannien. Es heißt darin: „Gemeinsam mit unseren Schwestern und Mitkämpferinnen in anderen Ländern trauern wir über die Verwüstung Belgiens, Frankreichs, Ostpreußens und Galiziens. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß dies das letztmal war, wo es dem Militarismus gelang, die Arbeiter in den Tod zu jagen. Die Arbeiterinnen und sozialistischen Frauen Großbritanniens werden ihre ganze Kraft für einen dauernden Frieden einsetzen.“ Wir werden auf diese Friedensstundgebung noch in nächster Nummer zurückkommen, ebenso wie auf das Manifest, in dem die Liga für Frauen der Arbeiterklasse Stellung zum Krieg nimmt.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.